

„Diskussion muss weitergehen“

ZWANGSARBEITER Über eine Verlängerung der Ausstellung und die Publikation eines Katalogs wird nun verhandelt.

VON HARALD KUCHLER

STÄDTEDREIECK/BERLIN. Die Plakate sind aufgerollt, die Fotos und Schautafeln wieder verpackt. Die Diskussion über das Thema „Zwangsarbeiter im ländlichen Raum“ soll aber weitergehen. Das hofft jedenfalls Chris Humbs, einer der Organisatoren der „Zwangsarbeiter“-Ausstellung in der „Hüttenschänke“ in Maxhütte-Haidhof. Zwischen dem 27. Februar und 28. März hatte nach Angaben der Projektgruppe Zwangsarbeit genau 1573 Besucher die Dokumentation über Verbrechen an Zwangsarbeitern im Eisenwerk Maxhütte und anderen Betrieben im Raum Städtedreieck/Schwandorf angeschaut. „Das ist sehr gut, wir haben nicht so viele erwartet und sind mehr als erfreut darüber“, sagt Humbs, einer der drei Vorstände der Projektgruppe.



Chris Humbs, einer der Vorstände der Projektgruppe Zwangsarbeit.

Foto: bxh

Humbs geht es aber nicht nur um die reine Besucherzahl. Er hält es auch für wichtig, dass durch die Ausstellung Diskussionen in Gang kamen, auch über die Umbenennung der Friedrich-Flick-Straßen. „Ich denke, da hat eine Sensibilisierung stattgefunden, nicht nur bei den Bürgern, auch bei den Entscheidern“, so der gebürtige Maxhütter, der seit Jahren in Berlin als Reporter für das ARD-Magazin „Kontraste“ arbeitet. Das Thema Zwangsarbeiter und die Rolle des Maxhütte-Konzernherrns Flick im Dritten Reich werden nach wochenlanger Diskussion nun bewusster und reflektierter wahrgenommen. „Vor der Ausstellung haben wir noch oft gehört: Was wollt's ihr mit dem Schmarrn? Jetzt sind diese Stimmen verstummt.“

Es stelle sich nun die Frage, wie es weitergehen soll. Wie berichtet, hatten die drei Bürgermeister des Städte-

dreiecks angekündigt (MZ vom 29. März 2010), die Ausstellung ankaufen und sie weiterhin in der Öffentlichkeit präsentieren zu wollen. Humbs: „Es stimmt, dass man mit uns über diese Möglichkeit gesprochen hat.“ Formalrechtlich würden einem Ankauf allerdings einige Hindernisse entgegenstehen, vor allem die Lizenzgebühren und Rechte Dritter an den ausgestellten Fotos und Dokumenten. Die Kosten für eine Verlängerung der Ausstellung würden sich laut Humbs auf über 20 000 Euro belaufen. Die Projektgruppe Zwangsarbeit könnte in diesem Fall nur Mittler zwischen den Städten und den Institutionen bzw. Lizenzgebern sein.

Humbs vermisst bisher aber auch ein Konzept. „Da gibt es zum Beispiel den Vorschlag, die Ausstellung in einer Schule zu zeigen.“ Er habe allerdings „Magenschmerzen“ bei dem Gedanken, dass täglich Schüler mit Cola und Pausenbrot an den zum Teil erschreckenden Bildern der Ausstellung vorbeigehen. „Da wird der Schrecken bald alltäglich.“ Besser wäre es seiner Meinung nach, wenn Klassen im Rahmen von Unterrichtsausflügen die Ausstellung an einem anderen Ort besuchen würden.

Auch über das pädagogische Konzept, die Führungen und die Bewachung der Ausstellung müsse man sich Gedanken machen. „Man kann natürlich über alles reden und wenn wir uns einigen, könnte die Ausstellung in einem Monat wieder gezeigt werden.“ Er werde bei den drei Städten demnächst den formellen Antrag stellen, die Kosten zu übernehmen.

Die Projektgruppe verfolgt außerdem die Idee, einen Katalog über die Ausstellung zu publizieren. Auch die Kosten für eine solche Publikation betragen etwa 20 000 Euro. „Aus Teublitz und Maxhütte hab ich schon gehört, dass man soviel nicht ausgeben will“, sagt Humbs. Wenn man aber die Rechte für die Ausstellungsverlängerung und eine Publikation zusammenkaufe, unter Vermittlung der Projektgruppe, „müsste man vielleicht nur 30 000 Euro für beides zahlen“. Auf jeden Fall soll die Zwangsarbeiter-Ausstellung im November noch in Schwandorf gezeigt werden. „80 Prozent werden aus dem Städtedreieck übernommen, 20 Prozent sollen von Berufsschülern dort neu erstellt werden.“ Auch die Idee, eine Wanderausstellung daraus zu machen, sei lebendig. „Wenn es dafür Finanziers gibt...“

Die an der Ausstellung in Maxhütte-Haidhof beteiligten Stiftungen und Sponsoren seien „euphorisch“ über das bisher Erreichte, berichtet Humbs. Auch wenn die Verantwortlichen dieser Institutionen „partiell erschrocken“ seien, „wie in der Provinz mit so einem Thema umgegangen wird. Man sieht, dass hier noch viel Aufklärungsarbeit notwendig ist...“

JUSOS FÜR UMBENENNUNG DER FLICK-STRASSEN

► **Zum heftig umstrittenen** Thema Friedrich-Flick-Straße nimmt die **Juso AG** im Städtedreieck in einer Pressemitteilung Stellung. Nach einem Rundgang durch die Zwangsarbeiter-Ausstellung und der Teilnahme an den Podiumsdiskussionen könne man die Entscheidung der Stadträte in Maxhütte-Haidhof und Teublitz nicht mehr verstehen, die Straßennamen beizubehalten: „Anfangs war auch der Großteil unserer Mitglieder einer Umbenennung äußerst skeptisch gegenüber gestanden, denn wir hatten von diesem Thema offen gesagt keine Ahnung“, räu-

men die Jusos ein. Das Maxhütte-Werk Flicks hatte ohne Zweifel eine große Bedeutung im Städtedreieck.

► **„Doch ihren Wohlstand** haben sich unsere Verwandten und die anderen Maxhütte-Arbeiter doch eigentlich selber erarbeiten müssen. Für uns haben diese Menschen das Städtedreieck zu dem gemacht, was es heute ist, und nicht ein verurteilter Kriegsverbrecher!“, bewertet Juso-Vorsitzender Peter Wein die vermeintlichen Wohltaten Flicks. Die Jusos hoffen daher vor allem auf ihre SPD-Genossen, die gefällte Entscheidung noch einmal zu bedenken.